

Der militärische Angriff der Türkei auf Nordsyrien ist auch ein Angriff auf unsere Partnerhochschule in Qamişli (in Rojava)

Seit dem ersten Tag der völkerrechtswidrigen Militäroffensive der Türkei gegen die Selbstverwaltungsregion in Nordsyrien, dem 9.10.2019, wird auch die Stadt Qamisli (auch: Qamislo) aus der Luft bombardiert. Dort befindet sich unsere Partnerhochschule, die Rojava Universität.

Seit April 2018 sind Studierende der Sozialen Arbeit aus Emden mit Studierenden der Jineolojî Fakultät der Rojava Universität im Austausch. Auch die Studierendenvertretungen sind in Kontakt miteinander. Im Oktober 2018 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen beiden Hochschulen geschlossen.

Wir fürchten um die Gesundheit und das Leben unserer Partner*innen. Zudem befürchten wir, dass die Rojava Universität und insbesondere der Studiengang *Jineolojî*, der einen starken sozialwissenschaftlichen Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit vertritt, unter türkischer Kontrolle nicht weiterbestehen werden. Das Verhalten der türkischen Regierung und des Militärs gibt mehr als Anlass dazu, zu befürchten, dass die Beteiligten massiver Repression ausgesetzt sein werden. In den letzten Jahren wurden in der Türkei zahlreiche soziale Einrichtungen geschlossen; zahlreiche Akademiker*innen, die sich u.a. für einen Friedensprozess mit der kurdischen Bewegung eingesetzt hatten, wurden kriminalisiert, entlassen, verhaftet oder zur Flucht gezwungen.

Das erklärte Ziel des türkischen Staatspräsidenten Erdogan ist, ein Gebiet entlang der gesamten türkischen Grenze von mindestens 30 km Tiefe auf syrischem Staatsgebiet zu kontrollieren. Erdogan erklärt offen, dass er die Ansiedelung von 2 Millionen Menschen in diesem Gebiet plant. Damit verbunden ist die Gefahr, dass ein ethnischer Wandel vollzogen wird.

Bildungseinrichtungen sind Bestandteil dieser türkischen Expansionspolitik. Nachdem die Türkei im Jahr 2018 Afrin im Westen des Selbstverwaltungsgebietes Nord- und Ost-Syriens besetzt hat, wurde die dortige Universität geschlossen. Schulen in diesem kurdischen Gebiet wurden geschlossen oder ohne Recht auf die kurdische Muttersprache umstrukturiert. Wenige Tage vor Beginn des jetzigen Angriffs wurde bekannt, dass die türkische Gaziantep-Universität die Eröffnung von drei Fakultäten im Norden Syriens plant.

Wir drücken unsere Solidarität mit allen Studierenden und Mitarbeiter*innen unserer Partnerhochschule Rojava Universität und der Bevölkerung Rojavas aus. Wir stehen an ihrer Seite für den Erhalt der demokratischen Selbstverwaltung und die Verwirklichung einer politischen Lösung durch Friedensverhandlungen. Krieg und Militär können niemals eine Lösung sein!

Der Angriff der Türkei auf Nordsyrien trifft auch uns! Mit ihm werden die vielfachen Partnerschaften u.a. im Bildungswesen sowie internationale Kooperationen in Mitleidenschaft gezogen und zerstört, die den basisdemokratischen, geschlechtergerechten und ökologischen Neuaufbau der Gesellschaft in Nord- und Ost-Syrien unterstützen. Wir fordern: Die militärische Eskalation muss sofort gestoppt werden. Die türkische Armee muss sich sofort aus Syrien zurückziehen. Waffenlieferungen an die Türkei müssen sofort beendet werden!

Ein Friedensprozess mit Beteiligung der Selbstverwaltung in Nord- und Ost-Syrien muss eingeleitet und ernsthaft verfolgt werden. Der Willen der Bevölkerung und nicht machtpolitische Interessen müssen die politische Lösungssuche anleiten – nur so kann ein Frieden würdevoll und dauerhaft entstehen.